



SOZIALE GERECHTIGKEIT UND ZUKUNFTSFÄHIGE GESELLSCHAFT

BEST-PRACTICE IN NRW	
Neuss	Vielfalt in Kultur - Vielfalt im Engagement
Viersen	Partnerschaft für Demokratie im Kreis Viersen
Bonn	Leitlinien Bürgerbeteiligung Bonn
Stadt Detmold, Kreis Lippe, Netzwerk Lippe gGmbH, Agentur für Arbeit Detmold	Projekt AILA im Kreis Lippe
Stadt Duisburg, DU Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH	Lokalökonomische Strategien zur Förderung von Integration
Hamm	Querschnittsaufgabe Integration
Solingen	Der Jugendstadtrat der Stadt Solingen
Wiehl	BürgerForum Wiehl: Aktiv Zukunft gestalten
Wuppertal	Interkulturelle Erziehungskonzepte ³
Euskirchen	Stabsstelle Demographie der Kreisstadt Euskirchen



Herr Uwe Manke
Stadt Neuss
Leiter Sachgebiet
Integrationsförderung
uwe.manke@stadt.neuss.de

Vielfalt in Kultur - Vielfalt im Engagement

Neusser Gesamtkonzept zur Integration

- gesamtstädtischer Integrationsansatz, auch quartiersbezogen
- Aufnahmegesellschaft und Einwanderer werden gleichermaßen adressiert: Integration als Querschnittsaufgabe
- Handlungsfelder: Wohnen, Zusammenleben und soziale Infrastruktur, Bildung und Qualifizierung, Kultur und Netzwerke

Ausgangslage

Städtisches Integrationskonzept/Neusser Diversitätskonzept:

- interkulturelle Öffnung der Institutionen, Ämter und Vereine
- diversitätsorientiertes Gesellschafts- und Kulturverständnis
- gesamtgesellschaftlicher Ansatz, Aufforderung zur Teilhabe
- enger Schulterschluss mit diversen Kooperationspartnern (städtisch und frei, institutionsübergreifend)
- Kontaktpflege und Verbindlichkeit, Kontinuität in verschiedenen Projekten -> dauerhafte Strukturen fördern



Ziele

Ziel ist es, dass Aufnahmegesellschaft und Einwanderer miteinander in den Dialog treten und sich gemeinsam am Integrationsprozess beteiligen.

- Integration als Aufgabe jedes Einzelnen der Stadtgesellschaft (dabei Bedarf an zusätzlichen Fachkräften, Qualifizierung, Austausch...)
- ziviles Engagement fördern (Sichtbarkeit einzelner Akteure fördern, Unterstützung von Mitgliedern)
- Zeichen gegen Rassismus, Vorurteile und Diskriminierung setzen
- Vielfalt unserer Stadt sichtbar, erlebbar und zugänglich machen (Zugangsbarrieren aufreißen)
- dem gegenseitigen Verständnis eine Plattform bieten



Umsetzung

- institutionsübergreifende und kooperative Zusammenarbeit mit diversen Akteuren der Stadtgesellschaft, insbesondere mit migrantischen Communities
- Raum der Kulturen e.V. als Sprachrohr und beratendes Mitglied im Integrationsrat der Stadt Neuss
- Schnittstelle zwischen Kultur- und Bildungseinrichtungen und MSOs, auch in Bezug auf Schulen, KiTas, Unternehmen etc.
- dauerhafte Strukturen initiieren und fördern, zum Engagement aller ermutigen (prozesshafter Charakter)
- je Handlungsfeld verschiedene Maßnahmen und Einzelprojekte:
 - Stadtteilkümmerner, Integrationslotsen, RDK e.V.



Erfolge

Arbeit gelingt herkunftsübergreifend, kulturübergreifend, säkular und parteipolitisch neutral

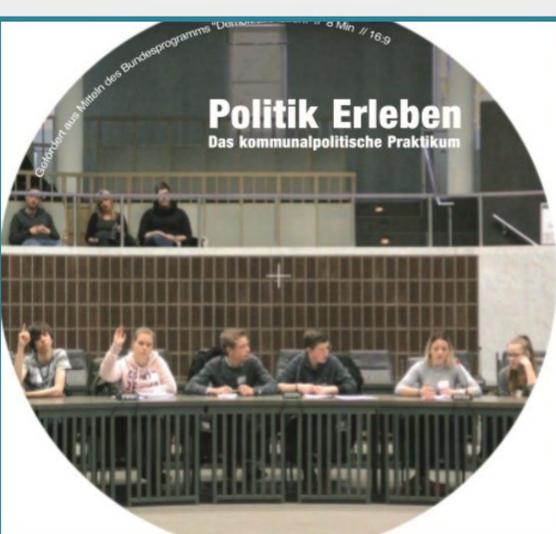
- Vernetzungsstrategie auf landes- und bundesweiter Ebene als Garant für erfolgreiche Veranstaltungen wie Podiumsdiskussionen, Lesungen und Workshops
- nachhaltige Kooperationen, die wiederum den Publikumskreis erweitern und Synergien bündeln
- durch gezielte Strategien und Qualifikationsangebote Bürger*innen und Vereine befähigen, sich zu engagieren
- hohe Transfergehalt > Integrationslotsen werden regelmäßig von Einrichtungen angefragt



Partnerschaft für Demokratie im Kreis Viersen

Demokratieförderung im ländlichen Raum

Fördermittel aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ ermöglichen seit 2015 dem Kreis Viersen präventiv zu arbeiten, Projekte und Strukturen zu fördern, um Demokratie, interkulturelles Miteinander und Partizipation im ländlichen Raum zu stabilisieren und weiter zu entwickeln.



Ausgangslage

- Die Kriminalstatistik des Kreises Viersen weist nach wie vor keine gewalttätigen Aktivitäten von rechtsradikalen Gruppierungen auf.
- Der Anteil der AFD-Wähler lag bei den letzten Bundestagswahlen bei 7,5% unter dem Bundesdurchschnitt.
- Dennoch Zunahme von Hetze gegen Geflüchtete, Falschinformationen in den sozialen Medien, Parteien- und Politikerverdrossenheit, verbale Gewalt, fehlender Respekt und demokratisches Miteinander.
- Ausgangsfrage: Wie kann mehr Partizipation im ländlichen Raum gelingen? Wie kann Demokratie und Umgang mit Vielfalt gefördert werden?
- Unterstützung des Vorhabens von wenigen Akteuren bei der Antragstellung im Jahr 2014.

Ziele

- Stärkung der „Abwehrkräfte“ und des Erlebens von Gemeinschaft, Vielfalt und gleichberechtigter Teilhabe insbesondere von Kindern und Jugendlichen.
- Kontinuierliche Strukturarbeit innerhalb des Projektes für einen Dialog auf Augenhöhe zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung.
- Aufbau von langfristigen Strukturen.
- Engagement für globale Themen und grundsätzliche Fragen nach dem Zustand der Demokratie.
- Bessere Verzahnung von Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung. Der Aufbau eines Jugendfonds gelang bislang nicht. Es fehlen kreisweite Akteure, die im Rahmen der politischen Bildung tätig werden.

Umsetzung

- Ressourcenanalyse für einen Überblick über wichtige Akteure und Ressourcen im Kreis Viersen.
- Ermittlung von relevanten Aktiven aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft (Begleitausschuss).
- Einmal im Jahr findet eine kreisweite „Demokratiekonferenz“ statt.
- Entscheidung über Vergabe der Projektmittel (2018: 29 000€ einschl. 8.000€ Eigenmittel des Kreises Viersen) durch Aktive der Verwaltung und Zivilgesellschaft.
- Förderung von bislang 42 Projekten (z.B. Aufbau einer Jugendvertretung im Stadtsportbund, Ausstellung „Hass vernichtet“, Schulvorträge von Youtubern über Fake News, Konferenz für Erstwähler in einem Berufskolleg, Living Library im Rahmen der Interkulturellen Woche, Anti-Agressionstrainings).
- Kreisweiter Gesprächskreis von Professionellen im Bereich „Kinder- und Jugendbeteiligung“, Erarbeitung eines Positionspapieres.
- Koordinierung und Förderung der Arbeit durch das Kolping Bildungswerk.

Erfolge

- Die Förderung durch das Bundesprogramm über 2020 hinaus und die geschaffenen Strukturen ermöglichen eine längerfristige Arbeit.
- Im Rahmen der Einzelprojekte wurden z.B. im Jahr 2016 1.500 Kinder, Jugendliche und Erwachsene erreicht. Die Ausstellung „Die weiße Rose“ besuchten 1300 Personen.
- Netzwerkarbeit braucht ein attraktives Ziel, Zeit, Vertrauen und Kontinuität. Die „Koordinierungs- und Fachstelle“ wird durch einen externen Coach beraten und qualifiziert.
- Das Programm wird vom Kreisdirektor - „von oben“ unterstützt und gefördert.
- Das Programm ist noch weitgehend unbekannt in großen Teilen der Bevölkerung, aber auch bei den politischen Parteien und Entscheidungsträger*innen.



Leitlinien Bürgerbeteiligung Bonn

Ein verlässlicher Rahmen für die Umsetzung von Beteiligungsprozessen

Der Rat der Stadt Bonn hat im März 2014 Leitlinien für die Bürgerbeteiligung in Bonn beschlossen. Diese Leitlinien sind in die Sammlung Bonner Ortsrecht aufgenommen worden und haben damit Satzungscharakter.

Ausgangslage

- Nach der Kommunalwahl **2009 Einrichtung eines Ausschusses für Bürgerbeteiligung** mit weitreichenden Kompetenzen (Politik) sowie einer **Projektstelle „Neue Formen der Bürgerbeteiligung in Bonn“** (OB)
- **Besondere „Kultivierung“ des Bürgerantrags nach § 24 GO NRW**
- **02/2010 Grundsatzbeschluss der Politik zur Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung**
- Seit 2010 sind viele Beteiligungsmaßnahmen und -projekte durchgeführt worden. Daneben sind die **BürgerInnen auch repräsentativ zu konkreten Themenstellungen befragt** worden. Die Erfahrungen mit den Angeboten in Bonn sind vielfältig, die Evaluierung der Maßnahmen zeigt, dass die Bevölkerung **an solchen Möglichkeiten interessiert ist und sie konstruktiv wahrnimmt**.

Ziele

Leitgedanken des „Bonner Ansatzes“ für eine integrative und nachhaltige Bürgerbeteiligung:

- Partizipation stellt ein **zentrales Element kommunaler Demokratie** dar.
- Die **kommunale Beteiligungskultur soll weiterentwickelt werden**, um Entscheidungen auf eine breitere Basis zu stellen und Projekte weiter zu qualifizieren. Darüber hinaus geht es darum, **Projekte zu legitimieren und eine breitere Akzeptanz von Planungen und Entscheidungen zu erreichen**.
- Dabei ist es wichtig, **alle gesellschaftlichen Gruppen zu aktivieren** und **Chancengleichheit bei der Beteiligung zu ermöglichen**.
- Bürgerbeteiligungsprozesse müssen auf Basis von – allen akzeptierten – **Qualitätsstandards** erfolgen.
- Bürgerbeteiligung muss **Bestandteil des täglichen Verwaltungshandelns** sein.

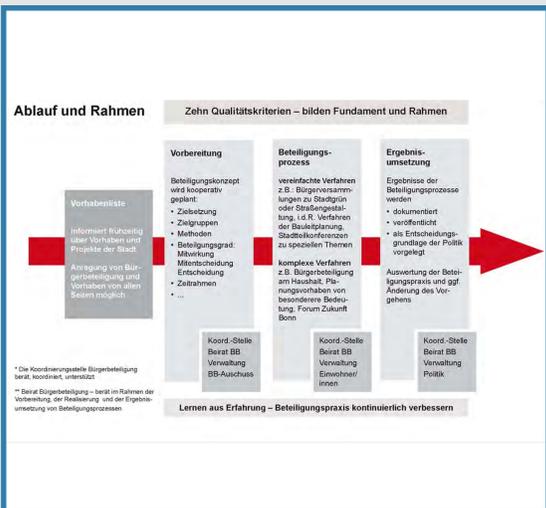
→ **Entwicklung von Leitlinien für eine transparente, verlässliche und stetige Bürgerbeteiligung in Bonn**

Umsetzung — Erarbeitung der Leitlinien für Bürgerbeteiligung

- Gründung der **AG Leitlinien** im **Juni 2012**
 - 8 zufällig ausgewählte **BürgerInnen**
 - 8 VertreterInnen der **Politik** (Sprecher Bürgerbeteiligung) sowie
 - 7 MitarbeiterInnen der **Verwaltung**
- **Externe Begleitung und Moderation**
- 14 dreistündige **Arbeitssitzungen** und drei ganztägige **Workshops**
- Eine **Onlinebeteiligung** und eine **Bürgerwerkstatt** zur Rückkopplung mit der Öffentlichkeit
- Zur Vorbereitung und Vertiefung von Einzelthemen i.d.R. zwei **Teil-AG-Treffen** zwischen den Sitzungen
- **Beschluss der Leitlinien im März 2014**

Erfolge

- Der **Rahmen, die Strukturen und die Regeln für Bürgerbeteiligung** sind nun **verbindlich** verankert. Mit dem Beschluss haben die **Leitlinien den Status „Ortsrecht“**.
- Einrichtung eines **„Beirats Bürgerbeteiligung“** mit beratender Funktion
- Durch eine **Vorhabenliste** ist langfristig transparent, für welche Projekte Bürgerbeteiligung vorgesehen ist.
- Es gibt **von allen Seiten** (Bürgerschaft, Politik und Verwaltung) die **Möglichkeit, Bürgerbeteiligung zu beantragen**.
- Die **Abläufe, die Zuständigkeiten** und die **Entscheidungswege** sowie die **Evaluation** sind **verbindlich und verlässlich vorgegeben**.
- Einrichtung des **Partizipationsportal „Bonn macht mit“**: Forum für die **sich aus der Umsetzung der Leitlinien ergebenden Anforderungen an Information und Dialog für und mit den BürgerInnen**





Projekt AILA im Kreis Lippe

Arbeit in Lippe für Asylsuchende und Flüchtlinge

Ein modellhafter Ansatz in Kooperation der Netzwerk Lippe gGmbH, Agentur für Arbeit Detmold, Stadt Detmold sowie weiterer Städte und Gemeinden im Kreis Lippe.

Ausgangslage

- **Kontinuierlicher Anstieg der Asylbewerberzahlen** im Kreis Lippe: Im Kreis Lippe leben etwa 3.000 AsylbewerberInnen und MigrantInnen mit Aufenthaltsstatus aus völkerrechtlichem, humanitären oder politischen Gründen.
- **Langwierige Asylverfahren, unklare Bleibeperspektiven, eingeschränkte Zugänge zum Arbeitsmarkt und Förderangeboten** haben bisher die Integration deutlich erschwert. **Viele Potenziale blieben ungenutzt.**
- Aufenthaltsstatus, Arbeitserlaubnis, Anerkennung von Qualifikationen, Deutschkenntnisse – **die unterschiedlichen Herausforderungen**, die mit der Arbeitsmarktintegration von Asylsuchenden verbunden sind, erfordern eine **enge Zusammenarbeit der Akteure vor Ort.**

Ziele

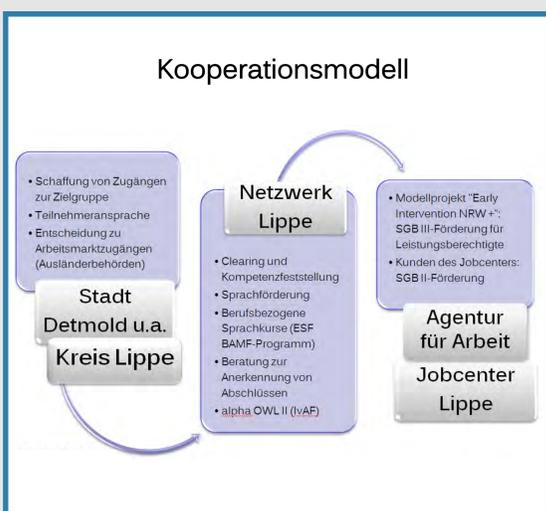
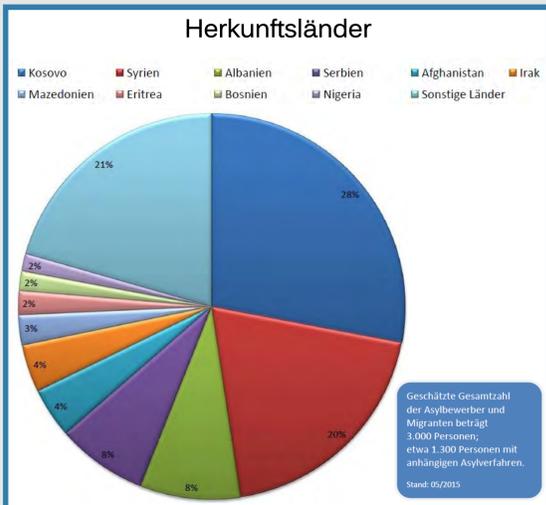
- Die **Potentiale der Zielgruppe werden frühzeitig erkannt und gefördert.**
- Dies gelingt durch eine **enge Verzahnung und Bündelung vorhandener Ressourcen vor Ort.**
 - * Stadt Detmold: z.B. Koordinator für Integration, Sozialamt, Ausländerbehörde
 - * Arbeitsagentur: Modellprojekt „Early Intervention“
 - * Kreis Lippe: z.B. Kommunales Integrationszentrum, Mitarbeiter der Gemeinden
 - * Netzwerk Lippe gGmbH: Alpha OWL II, Eigenmittel zur Beratung und Deutschförderung der Zielgruppe
- Im Fokus steht eine **nachhaltige Vermittlung** der Zielgruppe in den Arbeitsmarkt bzw. in geeignete Förder- und Qualifizierungsangebote.

Umsetzung

- **Handlungsansätze gemäß der Förderkette sind**
 - * **Ansprache:** Deutschkurse, örtliche Sozialarbeiter, aufsuchende Beratung
 - * **Clearing:** sprachliche und berufliche Kompetenzfeststellung, Beratung zur Anerkennung von ausländischen Abschlüssen, arbeitsmarktliche Priorisierung
 - * **Sprachförderung:** Basis- (ESF), Aufbau- (Eigenmittel), Berufsbezogene Deutschkurse (ESF-BAMF-Kurse)
 - * **Individuelles Coaching**
 - * **Vermittlung:** Weiterleitung an das **Modellprojekt der Arbeitsagentur, eigene Vermittlungstätigkeiten**
 - * **Kooperation mit Unternehmen der örtlichen Wirtschaft**
- Zu den **beteiligten Akteuren** gehören **2 Projektmitarbeiterinnen der Netzwerk Lippe gGmbH** und **2 Fachvermittlerinnen der Agentur für Arbeit Detmold** in Kooperation mit der Stadt Detmold sowie dem Kreis Lippe.
- **Start des Projektes: März 2015**, perpektivisch auf **mindestens 4 Jahre** angelegt

Erfolge

- Seit Beginn des Projektes wurden **88 Personen beraten.**
- **70 Personen** haben an einer **sprachlichen Kompetenzfeststellung** teilgenommen.
- Der **dritte Deutschkurs** wurde Ende September 2015 gestartet.
- **5 Personen** konnten in eine **Beschäftigung** vermittelt werden. **13 Personen** hatten Gelegenheit, ein Praktikum zu absolvieren oder einen externen Kurs zur Alphabetisierung zu besuchen.
- **8 Personen** unter 23 Jahren wurden in **internationale Förderklassen** an Berufskollegs vermittelt.





Lokalökonomische Strategien zur Förderung von Integration am Beispiel des Stadtteils Duisburg-Marxloh

Ausgangslage



- Hoher Leerstand, hohe Arbeitslosigkeit, baulicher Verfall, schlechte Bildungssituation, niedriges Einkommen, schlechtes Image
- Förderung durch EU-Programm Urban, um städtebaulich, sozial und ökonomisch den Stadtteil aufzuwerten
- Gründung einer städtischen Entwicklungsgesellschaft, um diesen Erneuerungsprozess umzusetzen
- Einrichtung eines Büros für Wirtschaftsentwicklung, um die lokale Ökonomie in Marxloh zu fördern

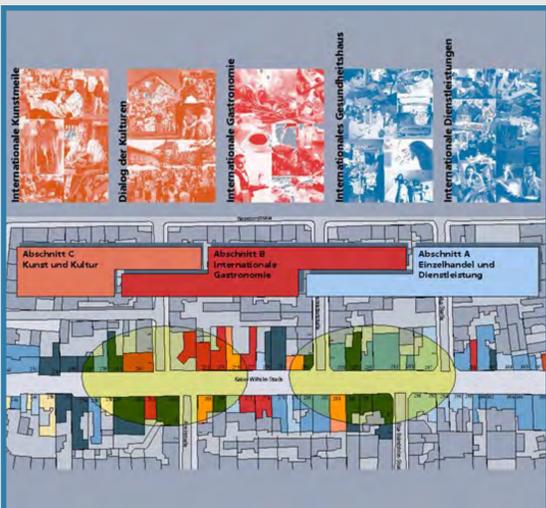
Ziele

Lokale Ökonomie – Migrantenekonomie

- Die Migranten sind ein großes Potenzial.
- Das Image der Stadtteile beeinflusst das Image der Gesamtstadt.
- Die Migranten übernehmen eine Brückenfunktion in ihre Herkunftsländer.
- Die Multikulturelle Stadtentwicklung bringt Vorteile im Wettbewerb um Investoren.

- Beschäftigungs- und Versorgungssituation verbessern
- Abwanderungen und Kaufkraftabflüsse stoppen
- Identifikation von Bewohnern und Gewerbetreibenden mit dem Stadtteil stärken
- Eigenaktivitäten fördern

Umsetzung



- Unterstützung der Gewerbetreibenden bei der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation (individuelle Betreuung, betriebswirtschaftliche Beratung, Fördermöglichkeiten)
- Beratung bei Existenzgründungsvorhaben, Überprüfung von Konzepten, Wege zur Finanzierung
- Mobilisierung von Gewerbeflächen und Räumlichkeiten für interessierte Nutzer (Schacht 2/5, Gewerbegebiet Willy-Brandt-Ring, Umnutzung Bunker Johannismarkt, Im-Brahm-Center, etc.)
- Entwicklung von Ideen für neue Beschäftigungsmöglichkeiten im Stadtteil (Umbau Schwelgern Park, Schwelgern Stadion)
- Förderung der Migrantenekonomie (Unterstützung bei der Gründung von mehreren Vereinen und Initiativen)
- Beschaffung von Daten, Vermittlung von Ansprechpartnern, Weitergabe von Wissen

Erfolge



- Zweites Zentrum in der Stadt
- Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs auf hohem Niveau
- Überregionales Einzugsgebiet
- Bekenntnis der Gewerbetreibenden stark ausgeprägt, Made in Marxloh
- Starkes Engagement der Bewohnerschaft auf unterschiedlichsten Ebenen vorhanden
- Künftige Herausforderungen sind die Entwicklung des Stadtteils zum Bildungsstandort sowie die Integration der Neuzuwanderer aus Süd-Ost Europa und der Flüchtlinge.



Querschnittsaufgabe Integration

Das Bürgeramt für Migration und Integration in Hamm

Seit dem Jahr 2006 wurden im Bürgeramt für Migration und Integration systematisch alle Angebote, Aufgaben und kommunalen Dienstleistungen sowie die Angebote der Träger der Sozialberatung in einem Gebäude gebündelt und vernetzt. Zuletzt erfolgte im vergangenen Jahr die Einrichtung des Kommunalen Integrationszentrums.

Den BürgerInnen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte steht damit ein modernes Dienstleistungszentrum zur Verfügung, das flexibel und kundenorientiert arbeitet und im Rahmen der jeweils fünfjährigen Fortschreibung des Integrationsförderkonzeptes durch den Rat der Stadt eine effektive und nachhaltige Förderung der Anerkennung und Teilhabe der Zuwanderer sicherstellt.

Ausgangslage

Im Fachbereich „Fachbereich Jugend, Soziales, Gesundheit“ wurde schrittweise das Bürgeramt für Migration und Integration aufgebaut.

- 2000: Einrichtung des kommunalen Leitprojekts: Sprach- und Integrationsförderung
- 2002: Konstituierung des stadtweiten Netzwerkes „Integration“
- 2003: Grundsatzbeschluss des Rates zur Sprach- und Integrationsförderung in der Stadt Hamm
- 2006: Bildung des Bürgeramtes für Migration und Integration – Zusammenführung von Ordnungs- und Sozialverwaltung
- 2008: Organisatorische und personelle Zuordnung der Einbürgerungs- und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten
- 2013: Einrichtung des Kommunalen Integrationszentrums im Bürgeramt für Migration und Integration

Ziele

- Zentrale Service-Stelle (Zu-)Wanderung und Integration (one-stop-government) – Einsparung von Sach- und Personalkosten
- Kundentreuender Service u. Bürgeramtsöffnungszeiten
- Vernetzung von Ordnungs- und Sozialverwaltung, Trägern BAMF-Kurse, MBE, JMD, Coaching für Migrantenselbstorganisationen
- Stadt-Bevölkerung zum Thema Migration/Integration aktuell informieren
- Koordination dezentraler Integrationsarbeit in den Stadtbezirken
- Management zunehmender internationaler Kontakte (z.B. Türkei)
- Bekämpfung von Diskriminierung, Ausgrenzung und Radikalismus
- ganzheitliche Sachbearbeitung und Betreuung im Bereich der Asylbewerber- und Flüchtlinge
- Einbürgerung als wichtiges Ziel der Integration
- Integration durch Bildung

Umsetzung

- Interne Fortbildungen zur interkulturellen Kompetenz von Mitarbeitern (seit 2000)
- Migrationsberatung für Erwachsene / Jugendmigrationsdienst im Hause – Projekt der Bundesbeauftragten zu Integrationsvereinbarungen (2011 – 2013)
- Gemeinsames Projekt mit Bielefeld und Münster zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung und zur interkulturellen Personalentwicklung (2010 – 2011)
- Verschiedene Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung für Auszubildende
- Zielvereinbarungen im Rahmen der leistungsorientierten Bezahlung zur interkulturellen Qualifizierung (insbesondere für Führungskräfte)
- Fortschreibung des Grundsatzbeschlusses in 2008 und 2014
- Ausbau der Willkommenskultur

Erfolge

- Kundenbefragung im BAM; Note 1,7 (2007)
- Teilnahme am KGSt-Vergleichsring „Ausländerwesen“ Kundenzufriedenheit; Note 1,6 (2009)
- Kontinuierlich hohe Anzahl von Einbürgerungen (jährlich rd. 400)
- stete Nachfrage nach niederschweligen Sprachkursen im Rahmen der selbst entwickelten modularen Sprachförderung als Vorbereitung auf die BAMF-Kurse
- interreligiöse Dialoge durch Anmoderation der Verwaltung in den Stadtbezirken
- sehr erfolgreiche Arbeit der ehrenamtlichen Integrationslotsen (rd. 60 Lotsen) und weiterer Bürgerinitiativen
- Dezentralisierung der Integrationsarbeit (Treffpunkte)

Hamm = Stadt im Strukturwandel

178.425 Einwohner (Stand: 31.12.2014), davon:

- 22.271 Ausländer (12,5 %)
- 53.699 Menschen mit Migrationshintergrund (30,1 %, 130 Nationen)
- in 4 von 9 Sozialräumen ist der Migrantenanteil bei den unter 35-Jährigen über 50 %
- jedes 2. in Hamm geborene Kind hat einen Migrationshintergrund
- seit 2007 sind mehr als 2.000 Menschen aus Südosteuropa zugewandert
- 1.000 Asylbewerber

Demografische Entwicklung:

Förderung der individuellen Teilhabe und Anerkennung bzw. Inklusion, da es immer weniger Sinn macht die Stadtgesellschaft in Mehrheits- und Minderheitengruppen aufzuteilen.





2. Kommunale Nachhaltigkeitstagung NRW (20.10.2015)
Zukunftsfähiges Handeln der nordrhein-westfälischen Städte, Gemeinden und Kreise



Stadt Solingen
Jürgen Bürger
Abteilungsleiter
Jugendförderung
j.buerger@solingen.de
0212 2902759

Yvonne Enders
Geschäftsführerin des JSR
Y.Enders@solingen.de
0212 2902760

Der Jugendstadtrat der Stadt Solingen

Der Jugendstadtrat ist die offizielle Vertretung der Solinger Jugendlichen. Er ist ein überparteiliches, politisches Gremium, das 21 gewählte Mitglieder zwischen 14 und 17 Jahren hat. Alle 2 Jahre finden Wahlen an allen weiterführenden Schulen Solingens statt. Wahlberechtigt sind alle in Solingen wohnhaften Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren.

Ausgangslage

- Der Jugendstadtrat (JSR) besteht seit 1997 (aktuell im Amt: 10. JSR)
- Hauptbestandteil der Arbeiten des JSRes:
 - * 1x im Monat Sitzung
 - * Teilnahme an Ausschüssen/Beiräten/Bezirksvertretungen
 - * Arbeiten innerhalb selbst gewählter Projektgruppen
- Schnittstelle für Jugendliche zur Verwaltung / Politik
- Geschäftsstelle JSR – Jugendförderung



Ziele

- Jugendliche frühzeitig in politische und gesellschaftliche Prozesse einzubeziehen
- Vorstellungen und Wünsche von Jugendlichen besser in kommunale Entscheidungen einfließen zu lassen
- Den Jugendstadträten wird ein Lernfeld geboten, in dem sie einen Einblick in politische Entscheidungsfindung und Einflussnahme üben.
- Einsicht in die Verwaltung einer Kommune



Umsetzung

- Aufgreifen von Ideen / aktueller Anliegen der Jugendlichen
- Unterstützung bei Umsetzung der Ideen / Hauptakteure: Jugendstadträte / weitere Jugendliche
- Finanzierung erfolgt über Stadt Solingen
- Eine Teilnahme ist für die Jugendlichen kostenlos
- Amtszeit: 2 Jahre



Erfolge

- Eröffnung der Skaterhalle Rollhaus (2007)
- Mitwirken bei Jugendkulturfestival / Organisation und Umsetzung von Kochbattles
- Organisation und Umsetzung von Kleidertauschbörsen (Nachhaltigkeit)
- Mitsprache und Erfolg bei der Diskussion zum Haushaltssicherungskonzept
- Entwicklung einer Beratungsapp (aktuell noch in Bearbeitung)
- Gestaltung des öffentlichen Raumes (Graffiti)
- Filme zu Themen wie Einbürgerung, Nachhaltigkeit, Brandanschlag, etc.



Eine Veranstaltung der

LAG 21
Landesarbeitsgemeinschaft
AGENDA 21 NRW e.V.
Zusammen mehr bewegen im Netzwerk
Nachhaltigkeit NRW!

In Kooperation mit



Gefördert durch

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt,
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen





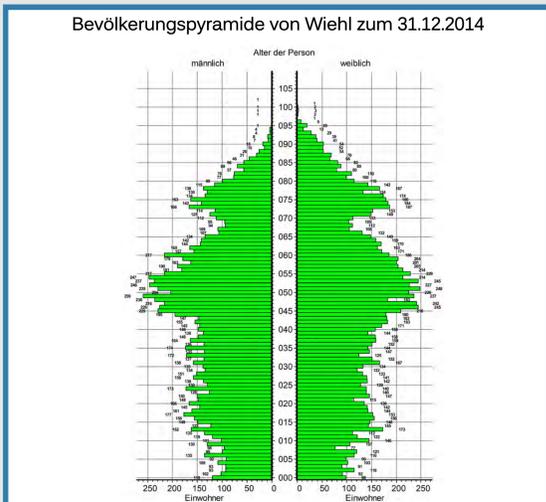
BürgerForum Wiehl: Aktiv Zukunft gestalten

Entwicklung eines Bürgerprogramms für Wiehl

Das Bürgerprogramm dokumentiert zwölf Vorschläge zu den Themen Arbeiten und Wohnen, Bildung und Betreuung, Sicherung sozialer Strukturen sowie Freizeit und öffentlicher Raum, die im 2. Halbjahr 2014 von BürgerInnen der Stadt Wiehl erarbeitet wurden.

Ausgangslage & Fragestellungen für den Beteiligungsprozess

- Wiehl 2030 – Wie soll unsere Stadt in 15 Jahren aussehen?
- Demografischer Wandel – Wie können wir dem Umstand der älter und weniger werdenden Bevölkerung gerecht werden?
- Standortwettbewerb – Wie kann unsere Stadt attraktiv bleiben oder attraktiver werden für Familien, Fachkräfte und Unternehmen?
- Wie können wir bei der Suche nach Ideen für die Zukunft die Bevölkerung beteiligen?



Ziele

- Durch das BürgerForum „Aktiv Zukunft gestalten“ wird eine breit angelegte Beteiligungsform von BürgerInnen am Prozess der Stadtentwicklung beschrieben.
- Die Ideen und das Know-How von Politik und Verwaltung soll durch die Fülle an Ideen und Kenntnissen der Bürgerschaft bereichert werden.
- Die Identifizierung der BürgerInnen mit ihrer Stadt soll gestärkt werden.
- Das Miteinander von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung soll verbessert werden (auch wenn es hier keine Problemangabe gab).

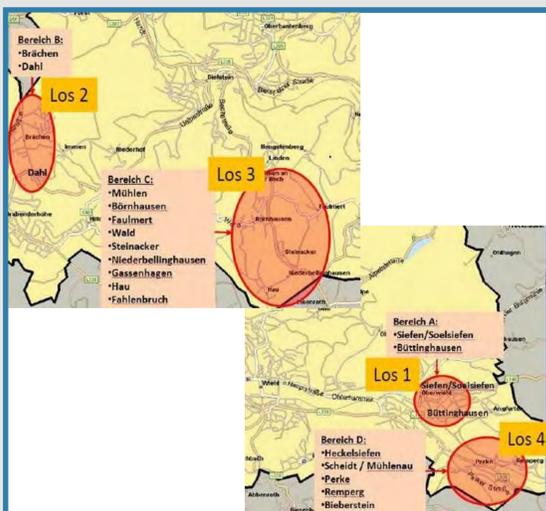


Umsetzung

- Die Stadt Wiehl führte im Rahmen eines Projektes der Bertelsmann Stiftung als eine von fünf Modellkommunen ein BürgerForum im 2. HJ 2014 durch.
- Intensive Bewerbung des Projekts und der Möglichkeit zur Teilnahme
- Auftaktwerkstatt mit 150 BürgerInnen zur Erarbeitung von Ideen und Vorschlägen (Gesamteinwohner 25.525)
- Online-Diskussionsphase mit 250 BürgerInnen – begleitet und geleitet von 24 BürgerredakteurInnen – konkrete Ausarbeitung der Top3-Vorschläge pro Themenausschuss; 3.000 Gäste auf der Online-Plattform
- Ergebniswerkstatt: Vorstellung des gedruckten BürgerProgramms mit 12 Vorschlägen und Übergabe an die VertreterInnen aus Politik und Verwaltung – konkrete Vereinbarungen, ob, wie und wann die Vorschläge aus dem BürgerProgramm umgesetzt werden

Erfolge

- Ein Teil der Vorschläge ist bereits umgesetzt. Weitere sind in der Beratung und/oder Umsetzung. Einige sind für die kommenden Jahre vereinbart.
- Die Vorschläge der Bürgerschaft gehen mit den bereits beschlossenen oder in Beratung befindlichen Maßnahmen von Politik und Verwaltung einher, ergänzen oder bestätigen diese. So wird deutlich, dass die gewählten VertreterInnen im Rat und seinen Ausschüssen sowie die Verwaltung bei den zukunftsgerichteten Fragestellungen nicht an den Bürgerinteressen vorbei handeln.
- Nach einem Jahr sind immer noch 7-8 der Bürgerpaten aktiv beteiligt.
- Regelmäßige Mitteilungen auf der Internetplattform der Stadt und Mailings informieren über den Fortgang der Ereignisse.
- Die Online-Diskussion hat viel Interesse geweckt, für die Weiterentwicklung der in der Präsenzveranstaltung erarbeiteten Vorschläge aber kaum Verbesserung gebracht.



Eine Veranstaltung der

In Kooperation mit

Gefördert durch



Interkulturelle Erziehungskonzepte³

Wenn Eltern, Migrantenorganisationen und Erziehungsprofis zusammenarbeiten

In Wuppertal wird seit 2002 die Verankerung der Integrationsaufgabe als gesamtgesellschaftlicher Ansatz verfolgt. 2011/2012 wurde im Rahmen der Förderlinie Komm-In des Landes NRW die Erziehung von Kindern im interkulturellen Kontext in den Fokus genommen.

Stadt Wuppertal
Gada Hamady
Projektleitung
Gada.hamady@stadt.wuppertal.de
0202 5634393

Ausgangslage

Wuppertal im Wandel

- 352.000 EinwohnerInnen
- 30 % Migrationsanteil Bevölkerung
- 41 % Migrationsanteil Familien mit minderjährigen Kindern
- 53 % Migrationsanteil Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren
- Zuwanderungsquote 2014: + 20%

- Im öffentlichen Diskurs wird die Erziehungskompetenz von Eltern mit Migrationshintergrund häufig pauschal infrage gestellt.
- In Wuppertal besitzen durchschnittlich 40% aller Familien einen Migrationshintergrund, in manchen Quartieren sind es bis zu 74%.
- Migrantenorganisationen fragen nach Veranstaltungen und Angeboten zu Fragen für die BesucherInnen ihrer Vereine.
- Eltern mit Migrationshintergrund nehmen kaum an regulären Angeboten der Erwachsenenbildung zu Erziehungsfragen teil, werden bei den regulären Angeboten nicht als Zielgruppe in den Blick genommen

Ziele

- Eltern, Migrantenorganisationen und Erziehungsprofis begegnen sich auf gleicher Augenhöhe.
- Migrantenorganisationen wird der Weg zu den professionellen Anbietern erleichtert und können sich als interkulturell erfahrene Partner und Experten im Feld der Erziehungsarbeit positionieren.
- Die Erziehungsprofis erfahren die Anforderungen an interkulturelle Erziehungskompetenz und ihre praktische Umsetzung und gewinnen selbst an Kompetenz.
- Eltern werden in ihrer interkulturellen Erziehungskompetenz gestärkt.



Umsetzung

- **Eltern bleiben nach Scheidung/Trennung**
Sozio-kulturelle Integrationsbewegung e.V./ Trennungs- und Scheidungsberatung SKF
- **Sicherheit im Umgang mit pubertierenden Jugendlichen**
Elternverein 3x3 e.V./ Jugendhilfeteam
- **Finanzen und Erziehung**
Togo-Initiative e.V./ Realife/ Schuldnerberater
- **Erziehung von Jungen und Mädchen in der Pubertät**
Anadolu Wuppertal e.V./ Transkult

- Die Angebote werden entlang der Bedarfe und Interessen der Eltern ermittelt und sind Maßstab für die Konzeptentwicklung.
- Die Migrantenorganisationen und professionellen Anbieter entwickeln ein Rahmenkonzept mit den gewünschten Inhalten eingedenk möglicher Änderungen während des Verlaufs.
- Die Umsetzung erfolgt in den Migrantenorganisationen, in der ersten Sitzung werden die genauen Erwartungen der Eltern ermittelt. Nach jeder Sitzung findet ein Feedback und Reflexionsgespräch zwischen allen Beteiligten statt.
- Die Reflexionsergebnisse fließen umgehend in die Gestaltung des nächsten Treffens ein.
- Alle Beteiligten geben ein schriftliches Feedback ab und mit allen findet ein abschließendes Auswertungsgespräch statt.

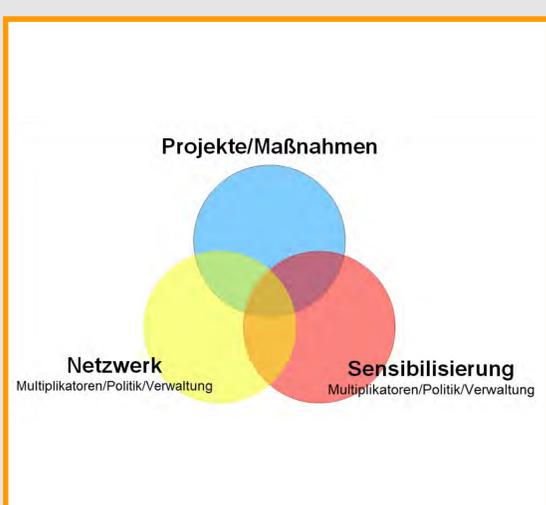
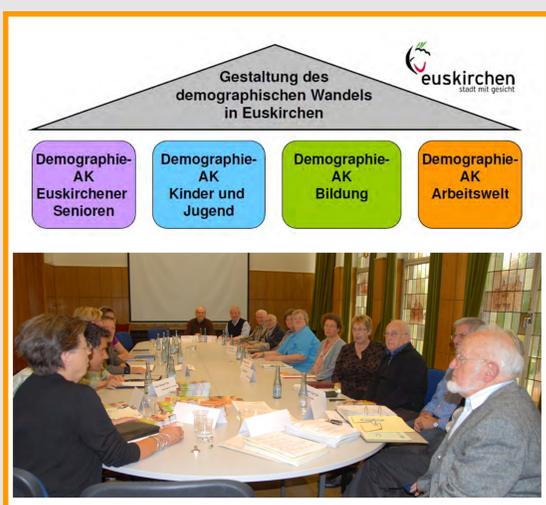
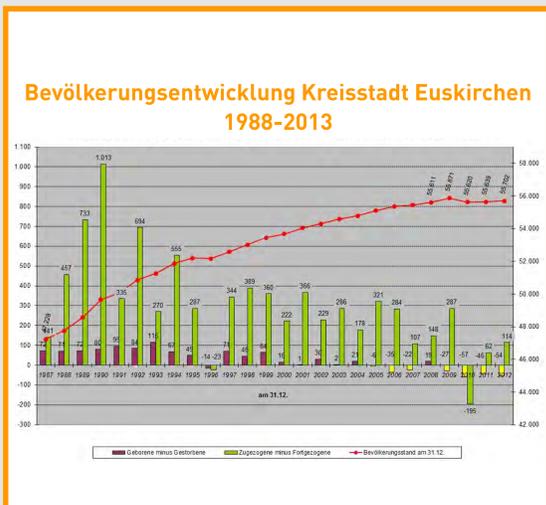
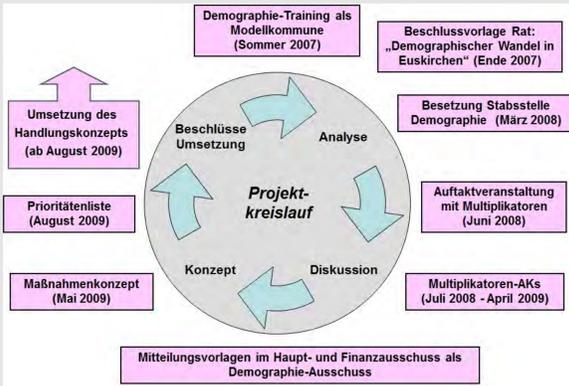
Erfolge

- Alle Angebote mussten während der Umsetzung modifiziert werden, um den sehr viel breiteren Frage- und Austauschbedürfnissen der Teilnehmenden entsprechen zu können. Nicht nur erzieherische sondern insbesondere kulturelle und migrationsspezifische Aspekte spielten eine große Rolle.
- Eltern meldeten zurück, dass sie sich erstmals sehr ernst genommen fühlten. Zwischen Eltern, Migrantenorganisationen und den erzieherischen Fachleuten konnten Barrieren abgebaut werden.
- Es gibt immer mehr Erziehungsberatungsangebote in Migrantenorganisationen mit entsprechendem Fachpersonal und /oder Fachregeldiensten und von professionellen Anbietern, die die Inhalte der Kurse bei der Umsetzung dynamisch entwickeln und bedarfsgerecht verändern.
- Es braucht i.d.R. noch einen für alle Beteiligten kompetenten und akzeptablen „Brückenbauer“.



Stabsstelle Demographie der Kreisstadt Euskirchen

Gestaltung des demographischen Wandels in einer Mittelstadt mit breiter Bürgerbeteiligung.



Ausgangslage

- **Mittelstadt in Nordrhein-Westfalen mit 56.000 Einwohnern**, die je zur Hälfte in der städtisch geprägten Kernstadt und in dörflich strukturierten 21 Ortsteilen leben
- **Von zentralörtlicher Bedeutung** im Städtedreieck Köln/Bonn/Aachen sowohl **als Wohn- und als auch als Arbeitsort**
- **Seit der Volkszählung 1987** konnte durch den positiven Wanderungssaldo ein **Bevölkerungswachstum von nahezu 20 %** verzeichnet werden.
- Die **natürliche Bevölkerungsbewegung ist seit 2005 negativ**, es gibt mehr Sterbefälle als Geburten.
- Einen **Ausländeranteil von 11 %**, wie er in Mittelzentren mit über 50.000 Einwohnern in NRW zu erwarten ist, erreicht in Euskirchen **nur die Kernstadt**; auf den **dörflich strukturierten Ortsteilen**, in denen die Hälfte der Bevölkerung lebt, liegt der **Ausländeranteil zumeist deutlich unter 4 %**.
- Modellkommune bei den ersten Demographie-Trainings der Bertelsmann-Stiftung in 2007

Ziele

- Entwicklung von passgenauen und effektiven **Maßnahmen für Euskirchen zur Gestaltung des demographischen Wandels**.
- **Erarbeitung eines** auf die Euskirchener Verhältnisse zugeschnittenen **Maßnahmen- und Handlungskonzepts** (bis Mai 2009).
- **Maßnahmen-Entwicklung in 4 Arbeitskreisen**, die jeweils 12mal tagten.
- **Entwicklung von Projekten für die Handlungsfelder:** Jugend und Bildung, Seniorinnen und Senioren, Arbeitswelt und Integration.
- Entwicklung von Projekten für die Querschnitts-Handlungsfelder „Freiwilliges Engagement“ und „Weitergabe von Informationen“.

Umsetzung

- **Einrichtung einer Stabsstelle Demographie** (extern ausgeschrieben), die dem Bürgermeister direkt unterstellt ist (seit März 2008 besetzt)
- **Intensive Beteiligung der Bevölkerung durch Einbindung von MultiplikatorInnen**
- Regelmäßige **Berichterstattung im Haupt- und Finanzausschuss (= Demographie-Ausschuss)**
- **Einrichtung einer hausinternen Arbeitsgruppe** (Verwaltungsvorstand und Fachbereichsleitungen)
- **Modellprogramm Aktiv-im-Alter** (in 2009)
- **Maßnahmen-Umsetzung** (ab 2009)

Erfolge

- **Maßnahmen- und Handlungskonzept zur Gestaltung des demographischen Wandels**
- **Sensibilisierung** von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft
- Intensive **Einbindung von MultiplikatorInnen und Bürgerschaft** in die Konzeptentwicklung
- **Vernetzung** und verstärkte **Zusammenarbeit der MultiplikatorInnen**
- **Gemeinsame Projektentwicklung und -umsetzung**